

Billiger Stahl aus China

Brüssel will mehr Zähne zeigen

Nach einigem Zögern hat die EU-Kommission auf die Klagen der Stahlindustrie über die massiv gestiegenen Stahleinfuhren aus China reagiert. Sie setzt auf ein schärferes Vorgehen gegen Dumping.

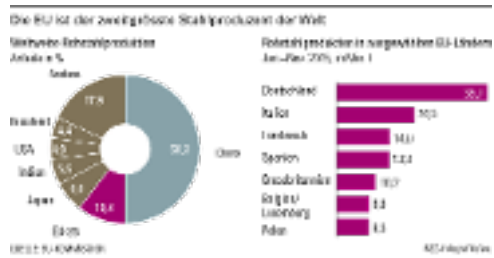
von René Höltschi, Brüssel
16.3.2016



Die Stahlbranche beklagt sich, dass die Verfahren in der EU länger dauerten und viel tiefere Strafzölle ergäben als zum Beispiel in den USA. (Salzgitter AG in Salzgitter, Deutschland). (Bild: Fabian Bimmer / Reuters)

Wochen- und monatelang haben die Branche und einige Mitgliedstaaten Brüssel gedrängt, zur Bekämpfung der Stahlkrise aktiv zu werden. Am Mittwoch hat die EU-Kommission nun mit einer Art Aktionsplan reagiert. Sie will insbesondere bei der Abwehr unfairer Handelspraktiken die Zähne zeigen. Daneben verweist sie auf bestehende europäische Fördertöpfe von der Forschungsförderung bis zum Juncker-Plan, die von der Stahlindustrie genutzt werden könnten. Branchenvertreter wie Eurofer und die deutsche Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßten den Plan, erneuerten aber zugleich die Forderung, die EU müsse ihre Industrie im Bereich Emissionshandel entlasten.

Die EU-Stahlindustrie produziert im Durchschnitt rund 170 Mio. t Rohstahl pro Jahr, womit sie weltweit an zweiter Stelle hinter China steht (vgl. Grafik). Doch die Wachstumsabschwächung in China und anderen Schwellenländern hat die globale Stahlnachfrage seit 2014 negativ beeinflusst, wie die Kommission schreibt. Zugleich hätten die überschüssigen Produktionskapazitäten dramatisch zugenommen, vor allem in China, wo sie auf 350 Mio. Jahrestonnen geschätzt würden. Dies habe die Exporte dramatisch steigen lassen. Die Stahleinfuhren der EU aus China nähmen seit drei Jahren stark zu, und bei gewissen Produkten seien die Preise um bis zu 40% eingebrochen. Auch habe die Überkapazität eine Welle unlauterer Handelspraktiken ausgelöst. Gemeint sind Exporte zu Dumping-Preisen. Aus Brüsseler Sicht wird damit die Last der Überkapazitäten überproportional auf die Europäer überwältigt.



Zur Abwehr hat die EU bereits 37 Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Massnahmen gegen die Einfuhr bestimmter Stahlprodukte verhängt, davon 16 gegen China. Doch die Branche beklagt sich, dass die Verfahren in der EU länger dauerten und viel tiefere Strafzölle ergäben als zum Beispiel in den USA. In ihrem Papier verspricht die Kommission, verfügbare Spielräume zu einer Beschleunigung der Verfahren zu nutzen. Zudem drängt sie die Mitgliedstaaten, einen Kommissionsvorschlag von 2013 zur Verschärfung dieser Instrumente endlich anzunehmen. Dieser ist wegen Meinungsverschiedenheiten der Staaten im Gesetzgebungsverfahren steckengeblieben. Er würde es unter anderem erlauben, in gewissen Fällen von der «lesser duty rule» abzuweichen. Laut dieser wird zur Festsetzung eines Anti-Dumping-Zolls entweder auf die Dumping-Spanne (um die der Exportpreis unter dem heimischen Marktpreis oder den Produktionskosten liegt) oder den in der EU entstehenden Schaden abgestellt und der kleinere der beiden Werte genommen. Setzt man immer auf die Dumping-Spanne, kann der Strafzoll viel höher ausfallen. Laut Kommission könnte der Vorschlag im Gesetzgebungsverfahren verschärft werden, um die Abweichung von der «lesser duty rule» nicht nur im Energie- und im Rohstoffsektor, sondern auch in der Stahlbranche zuzulassen. Ferner will Brüssel eine Art Frühwarnsystem für Stahleinfuhren vorschlagen.